



Unser Trinkwasser in Gefahr!

Die Mülldeponie am Oberwald gibt keine Ruhe. Immer neue Probleme treten auf. Schon jetzt ist die Belastung für unsere Stadt erheblich. 170.000 Tonnen Hausmüll, der gesamte Sperrmüll des Kreises werden pro Jahr nach Mörfelden gebracht. Hinzu kommen 31 Tonnen Klärschlamm pro Tag. 250 Müllfahrzeuge aus dem gesamten Kreis rauschen damit täglich durch unsere Ortsstraßen und verursachen Lärm und Verschmutzung.

Jetzt wurden über der Deponie und im Bereich der in der Nähe stehenden Wohnhäuser, Gasausbrüche festgestellt, die nicht nur eine Gefahr für die dort wohnenden und arbeitenden Menschen, sondern auch eine Beeinträchtigung der Vegetation bedeuten.

Die eingeleiteten Maßnahmen, um die Gasausbrüche an bestimmte Stellen zu lenken, bringen eine weitere Gefahr für unser Trinkwasser mit sich.

Im Frühjahr 1980 stimmten die Stadtverordneten der SPD und CDU unserer Stadt gegen die Stimmen der DKP-Fraktion einem Vertrag zu, der es dem Kreis Groß-Gerau ermöglicht, außer dem bereits ankommenden Sperrmüll, auch den gesamten Hausmüll und die Klärschlämme auf der Deponie abzulagern. Vorgesehen ist, daß zwei ca. 40 Meter hohe Müllberge im Mörfelder Oberwald entstehen.

Die DKP-Fraktion warnte damals eindringlich vor einer solchen Müll-Massierung in unmittelbarer Nähe der beiden Wasserwerke. Der nächste Brunnen der Walldorfer Trinkwasserförderanlage ist nur etwa 1 Kilometer und der der Mörfelder Anlage nur ca. 2 Kilometer von der Deponie entfernt. Wir meinten damals, daß die Verseuchung unseres Trinkwasser's nicht ausgeschlossen werden kann, da

- in der Nähe liegende private Brunnen bereits verseucht waren;
- Untersuchungsergebnisse bereits eine Beeinträchtigung des Grundwassers in Deponie-Nähe gezeigt haben;
- eine negative Veränderung der Wasserqualität im Anglerteich schon erkennbar war;

- die Brunnen unserer Wasserwerke eine enorme Sogwirkung ausüben, sodaß verseuchtes Grundwasser direkt angesaugt werden kann;
- bei der Kiesgewinnung, durch die Firma Mitteldorf, zwei wasserundurchlässige Lettschichten herausgebrochen wurden und somit trotz Auffüllung der unteren Lagen mit U-Bahn-Aushub, ein Eindringen aggressiver Sickergewässer in die tiefer liegenden Grundwasseradern, die von unseren Förderbrunnen erreicht werden, möglich ist.

Die Zwiebeln waren im Herbst noch so klein wie Steckzwiebeln

Inzwischen bringt die Mammut-Deponie direkte Gefahr für Menschen und Pflanzen.

In einer Bauausschußsitzung am 20. Januar 1981 berichtete der Direktor der „Riedwerke“ (Betreiber der Deponie), daß bereits im September vergangenen Jahres erkennbar geworden sei, daß aus dem Erdreich neben der Deponie Gase austreten, die eine potentielle Gefährdung des Grundstückes Rosenthal, aber auch der Betriebsgebäude auf der Deponie mit sich bringen. Es handelt sich um Methan-▷



Unmittelbar am Wohnhaus Rosenthal verläuft die neue unterirdische Mauer. 140 Meter lang, 8 Meter tief, Spezialbeton gegen Gas und Gift der Mülldeponie. Ob man damit die Zeitbombe im Griff hat, wird sich zeigen. Die Kosten aber wird man schon bald auf die Gebühren umlegen – wenn wir uns nicht wehren.

gas und Kohlendioxyd, das bei der Verrottung des im Erdreich lagernden Mülls entsteht. Es wurde mitgeteilt, daß bei Eindringen dieser Gase in geschlossene Räume und Behälter Explosionsgefahr und aber auch Erstickungsgefahr und somit Lebensgefahr besteht. Außerdem schädigen diese Gase Pflanzen und Bäume. In dem erwähnten Wohnhaus war bereits Gas durch ein Leitungsrohr in den Keller gedrungen, außerdem wurde dies in einem privaten, aber nicht mehr benutzten Trinkwasserbrunnen festgestellt.

Der Besitzer berichtete ferner, daß in einem Teil seines Gartens in letzter Zeit die Erträge ausblieben, z.B. waren die Zwiebeln im Herbst noch so klein wie die Steckzwiebeln im Frühjahr.

Um all diesem vorzubeugen, bringen die Riedwerke eine 140 Meter lange und 8 Meter tiefe Schutzmauer aus Spezialbeton neben der Deponie ins Erdreich ein. Man hofft, da die Wand etwa 1 – 2 Meter ins Grundwasser ragen soll, daß die Gase an ihr hochsteigen und sich dann in der Atmosphäre verflüchtigen.

Mit optimistischen Schilderungen wurden Entscheidungen beeinflußt

Die Gefahr ist damit sicher nicht gebannt, denn bei Absinken des Grundwasserspiegels, in einem trockenen Sommer, können die Gase unter der Wand durchdringen und bei einem tieferen Anlegen der Wand, wäre ein Rückstau mit evtl. Änderung der Fließrichtung des Grundwasser verbunden.

Ein weiterer, ja gerade für den Schutz unseres Trinkwassers gefährlicher Widerspruch, ist in der Bauausschußsitzung zu Tage getreten. Um im Frühjahr 1980 die Zustimmung für die weitere Müllablagerung zu erhalten, wurde von den Verantwortlichen im Kreis alles sehr optimistisch geschildert. So erklärten unter anderem der Landrat und seine Mannen folgende Theorie:

„Damit durch eindringende Sickerwässer (Regenwasser) die aggressiven Schadstoffe aus dem Müll nicht in das Grundwasser und somit zum Trinkwasser geschwemmt werden, wird die Oberfläche der Deponie mit bindigem Boden abgedeckt.“

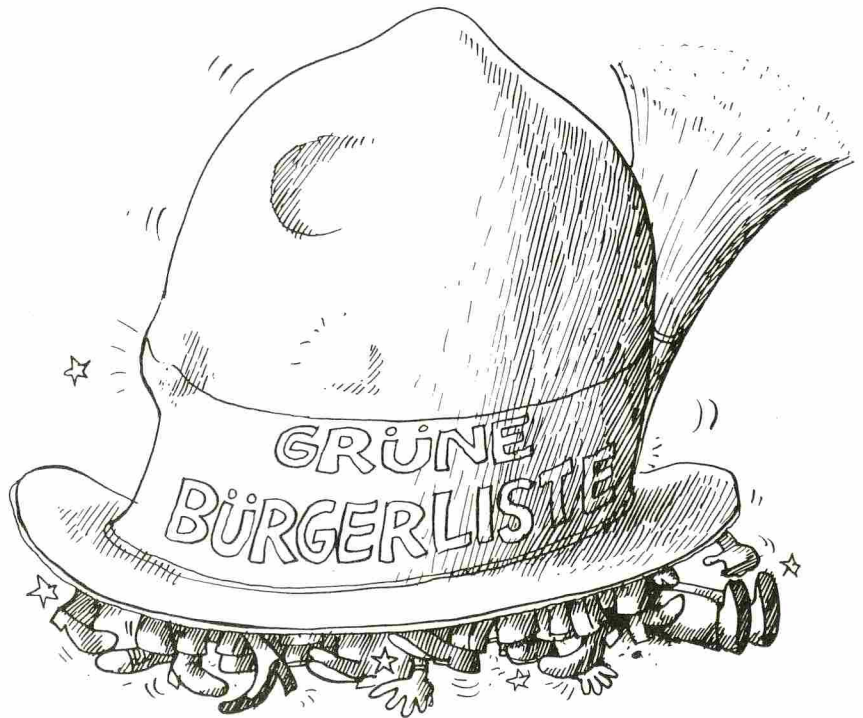
Heute, noch nicht ein Jahr danach, erklären die gleichen Herren: „Damit das entstehende Gas, im Bereich der Deponie, austreten kann, werden bei der Abdeckung, mehrere auf dem Gelände verteilte, 50 – 100

Quadratmeter große Fenster gelassen, die nur mit lockerem Material, am besten nur mit Stroh (also wasserundurchlässig) abgedeckt werden.“ Wer sich so äußert, nach dem Motto „was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern“ ist unfähig und handelt verantwortungslos. Vor einem Jahr hieß es noch „keine Gefahr“ für die Trinkwasserbrunnen, heute heißt es nur noch „voraussichtlich keine Gefahr“. Heute geben sich alle Herren sehr überrascht von den neuen Vorkommnissen im Bereich der Deponie, aber bereits vor über einem Jahr forderte die Landesanstalt für Umwelt, daß eine Gasdrainage einzubauen sei. Die beiden dem Vertrag zustimmenden örtlichen Parteien, SPD und CDU, äußerten nach Bekanntwerden dieser Vorfälle ihr Unbehagen. Das schlechte Gewissen spricht aus ihren Worten.

Wir sagen: SPD und CDU tragen in Mörfelden und Walldorf die Verantwortung, wenn eines Tages unser Trinkwasser verseucht ist. Sie haben einem fragwürdigen Vertrag, aus falscher Solidarität zum Landrat und zu ihren Parteifreunden im Kreistag zugestimmt. Heute, ein Jahr nach der Zustimmung, ist das Planfeststellungsverfahren, über die Deponie, noch immer nicht abgeschlossen und der Regierungspräsident verlangt, sicherlich nicht ohne Grund, neue Gutachten. Wie es aber mit diesen Gutachten steht, und welche Skepsis man ihnen entgegenbringen muß, sieht man bei dem Verfahren Flughafenerweiterung.

Eines ist sicher, das ganze kostet eine Stange Geld. Allein die Schutzmauer soll auf 150.000 DM kommen. Wenn wir uns nicht wehren, wird die nächste Erhöhung der Müllgebühren nicht lange auf sich warten lassen.

H. Hechler



Die DKP-Mörfelden-Walldorf schreibt in ihrem Wahlprogramm: „Wir bleiben unserem alten Grundsatz treu: Grundlage aller örtlichen Planungen und Entscheidungen müssen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung sein.“ Die „Grüne Bürgerliste“, die jetzt zur Kommunalwahl antritt, wird diese Konsequenz niemals aufbringen können. Dort sind zuviele Meinungen unter einen Hut zu bringen. Das zeigte sich schon daran, daß man dort keinen konsequent ablehnenden Standpunkt gegenüber Gebührenerhöhungen fand. Einen konsequenten Arbeiterstandpunkt, Politik für die Arbeiter und Angestellten, für die Mehrheit der Bevölkerung, kann diese Gruppierung von ehemaligen CDU-, FDP- und SPD-Mitgliedern, von „Grünen“, von Anhängern des maoistischen KBW und anderen nicht aufbringen. Die Gegnerschaft zur Startbahn/West allein ist keine ausreichende Grundlage für eine notwendige Opposition in einer Arbeiterwohnstadt wie Mörfelden-Walldorf. Wer weiterdenkt, wer die Dinge durchschaut, wer Karry, Wallmann und Börner am 22. März wirklich einen Denkkzettel verpassen will, für den gibt es nur eine Wahlentscheidung: die DKP.

Neue Fragen zur Startbahn West

Während des Hearings wurde eine Frage strikt ausgeklammert: die US-Air-Base. Dabei gibt es viele neue Gründe, den militärischen Teil des Frankfurter Flughafens nicht als „heilige Kuh“ zu behandeln. So hat sich der langjährige Lufthansa-Kapitän Rudolf Braunburg in einem Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ energisch für die Auflösung der US-Air-Base eingesetzt. Er meinte: „Offensichtlich ist es für die politisch Verantwortlichen bequemer, vierhunderttausend Bäume fällen zu lassen, als den schwierigen Versuch zu unternehmen, 35 Jahre nach Kriegsende den Knotenpunkt des europäischen Luftverkehrs zu einem echten Zivilflughafen zu machen.“

Die Erkenntnisse dieses Mannes, der über 20 Jahre lang den Flugbetrieb auf Rhein-Main kennt, wurden beim Hearing nicht angesprochen.

Aber es gibt noch weitere gewichtige Gründe, über die Auflösung der US-Air-Base zu reden.

In diesen Tagen wurde ein Positionspapier des Friedensforschers und Oberstleutnants a.D. Dr. Alfred Mechtersheimer bekannt, in dem u.a. folgendes zu lesen ist: „Die 112 Cruise Missiles vom Typ General Dynamics BGM-109 Tomahawk werden auf Flugplätzen in der Bundesrepublik stationiert werden.“ Wenn wir wissen, daß die Amerikaner auf dem Flughafen 363 Hektar beschlagnahmt haben, daß sich zwei Kilometer von der Air-Base im Langer Oberwald ein riesiges US-ABC-Waffenlager befindet, warum soll man nicht davon ausgehen, daß uns mit der Stationierung der US-Marschflugkörper jetzt eine noch größere Gefahr ins Haus steht. Immerhin äußerten NATO-Führungsgremien in diesen Wochen ihre Genugtuung darüber, daß die Durchführung des Raketenbeschlusses „Fortschritte macht“.

Die Bundesregierung hat inzwischen die Standorte für die gefährlichen Raketen bestimmt. Sie sind, wie der „Deutschlandfunk“ am 9.12.1980 mitteilte, über das ganze Bundesgebiet verteilt. Doch Bonn weigert sich, aus Angst vor dem Friedenswillen der Bürger, die Standorte öffentlich zu benennen.

Die Springer-Zeitung „Die Welt“ (9.12.1980) lobte dagegen die englische Regierung als beispielgebend. Diese hat die vorgesehenen Standorte

für die neuen Atomraketen öffentlich gemacht. „In Großbritannien sollen die 160 Marschflugkörper (Cruise Missiles) auf Flugplätzen im Süden Englands (Greenham und Common Mollesworth) untergebracht werden. Beide Startplätze werden bereits jetzt von US-Streitkräften genutzt.“ Die Zeitung teilte mit, die Raketen würden in „grasgedeckten Bunkern“ gelagert; die Abschußgestelle der Marschflugkörper seien auf schwersten Lastwagen montiert; für die Einbunkerung der Raketen seien „um-

fangreiche Bauarbeiten“ notwendig. Hier sind folgende Fragen zu stellen:

- Gehört zu den von der Bundesregierung festgelegten Raketenstandorten auch die amerikanische Air-Base auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen?
- Sind das Gründe dafür, daß die Bundesregierung, die Landesregierung von Hessen auf alle Fragen nach den militärischen Hintergründen des geplanten Baus der Startbahn 18 West auf Rhein-Main so hartnäckig schweigen? Rudi Hechler

Nach dem Hearing

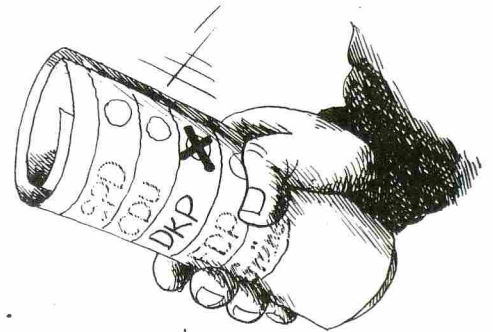
Das Landtags-Hearing zum geplanten Bau der Startbahn/West ist vorüber, geblieben ist die Entschlossenheit der Landes- und Bundesregierung, der im Landtag vertretenen Parteien und der FAG, die unsinnige und gefährliche umweltzerstörerische dritte Startbahn um jeden Preis zu bauen. Im Verlaufe des Hearings sind unabhängige Wissenschaftler, Vertreter der Bürgerinitiativen und der Gemeinden der Region mit handfesten Sachargumenten aufgetreten. Sie sprachen vor tauben Ohren. Denn Bundesregierung, Landesregierung und die Landtagsabgeordneten von SPD, CDU und FDP haben sich längst im Einvernehmen mit der FAG für die Startbahn festgelegt. Ihr Auftreten hat bewiesen, was Minister Karry mit seiner Bemerkung, „das Hearing mag bringen, was es will, die Startbahn wird gebaut“, gemeint hat.

In den nächsten Wochen, wahrscheinlich am 25. Februar, will Ministerpräsident Börner in einer Regierungserklärung noch einmal den Willen der Landesregierung für den Bau der Startbahn West bekräftigen. Und dann soll nach den Wahlen, noch in diesem Jahr, mit dem Bau begonnen werden.

Jetzt ist für alle Bürger unserer Region, die seit Monaten einen erfolgreichen Kampf gegen den Startbahn-Bau führen, Alarmstufe 1. Wie bisher, so gilt weiter die Devise: Den Startbahn-Befürwortern kann nur in die Arme gefallen werden, wenn die Bürger unserer Region ihren Widerstand verstärken; wenn mit Nachdruck der Bürgerwille deutlich gemacht wird: Keine Startbahn West. Eine besondere Gelegenheit, den Startbahn-Parteien einen deutlichen Denkkzettel zu verpassen, findet sich am 22. März. Die Partei des Ministerpräsi-

den Börner, SPD, die Partei des Frankfurter Oberbürgermeisters Wallmann, CDU, die Partei des Wirtschaftsministers Karry, FDP, sind für Startbahn-Gegner, für Demokraten nicht wählbar.

Den Einpeitschern der Startbahn wird es in den Ohren sausen, wenn am 22. März viele Bürger von Mörfelden-Walldorf der DKP ihre Stimme geben. Den Kandidaten der Partei, die aktiv und konsequent auf der Seite der Einwohner dieser Stadt für Bürgerrrechte kämpfen. Diese Wahlentscheidung wird Wiesbaden und Bonn aufschrecken lassen. Der wirksamste Protest heißt DKP wählen!



Karry, Dregger, Börner – bei der Wahl gibt's auf die Hörner!

Vor einer starken DKP- da haben sie Regatt

*In Mörfelden-Walldorf werden Unterschriften für eine Wählerinitiative gesammelt.
Der Aufruf an die Bürger dieser Stadt hat folgenden Wortlaut:*

An alle Wähler von Mörfelden-Walldorf!

Seit langem gibt es ein beherrschendes Thema in unserer Stadt – die Startbahn/West, die Gefährdung unseres Waldes, die drohende Zerstörung unserer Umwelt.

Wir alle haben viel getan, um diese historische Umweltzerstörung zu verhindern. Die Parteien in unserer Stadt haben in der Parteienaktionsgemeinschaft viel getan. Die SPD- und DKP-Stadtverordneten haben ihre Mandate niedergelegt, um dem Protest Nachdruck zu verleihen. Nur die Mehrheit der CDU-Fraktion ist auf ihren Abgeordneten-Stühlen sitzengeblieben.

Wie soll es jetzt im Jahre 1981 weitergehen?

Die Fronten sind ziemlich klar: Die Flughafen-AG wird auf ihren Ausbauplänen beharren. Ministerpräsident Börner und Karry ebenso. Die im Landtag vertretenen Parteien SPD, FDP und CDU werden noch manchen Verschleierungszug unternehmen, aber letzten Endes werden sie der Bevölkerung unserer Stadt mitsamt ihren dort lebenden Parteifreunden in den Rücken fallen.

Und genau das ist der Grund, warum wir Unterzeichner dieses Offenen Briefes uns zu Wort melden.

Wir sind tief betroffen angesichts der kaltlächelnden Arroganz, mit der die Landtagsparteien, die Landesregierung und die FAG, die immer wieder und einhellig geäußerte Ablehnung der Startbahn/West-Pläne mißachten.

Wir haben für uns deshalb eine wichtige Entscheidung getroffen: Wir werden bei den kommenden Kommunalwahlen im März 1981 ein weit über die Grenzen unserer Stadt hinauswirkendes Zeichen setzen: Wir werden die DKP im neuen Stadtparlament so stark wie nur möglich machen! Dies würde auch in Wiesbaden und Bonn registriert!

Es gibt nichts, vor dem die selbstgefälligen und überheblichen „Macher“ mehr Angst haben, als vor einer solchen Entscheidung. Alles andere können sie verkraften oder niederbügeln – Proteste aus ihren

eigenen Reihen – auch solche kurzlebigen Aktionen in grünen oder bunten Farben.

Aber vor einer starken DKP – da haben sie Regatt!

Liebe Mitbürger!

Es fällt uns eine solche Entscheidung nicht leicht.

Wir haben zum Teil bislang andere Parteien gewählt. Wir dachten bis in die jüngste Zeit, wenn der Widerstand an der Basis groß genug werde, dann würden auch die Spitzen der etablierten Parteien nachgeben. Aber es ist, als würde man einem Ochsen ins Horn petzen! Wenn jedoch alles nichts hilft, dann sollen die Herrschaften eben sehen, daß wir Startbahn-Gegner noch einen Trumpf haben: Bei der Kommunalwahl wählen wir die DKP!

Wir wollen nicht verheimlichen, daß wir nicht in allen Punkten mit der DKP übereinstimmen. Aber eines kann jeder Bürger von Mörfelden-Walldorf bestätigen: Die Kommunisten sind konsequent. Sie waren es, die von Anfang an den Kampf gegen die Vernichtung unseres Waldes geführt haben. Sie waren es, die immer wieder neue Initiativen ergriffen. Sie stehen in allen Widerstandsaktionen mit an vorderster Stelle. Rudi Hechler, der seit herige Fraktionsvorsitzende der DKP, ist einer der Sprecher der Bürgerbewegung. Er kandidiert an der Spitze der DKP-Liste bei den Kommunalwahlen im März 1981.

Wir haben Rudi Hechler und seine Kolleginnen und Kollegen als selbstlose und einsatzbereite Menschen kennengelernt. Das sind Waltraud Träger, Herbert J. Oswald, Heinz Hechler, Rudolf Dötsch und viele andere. Sie kann man mit gutem Gewissen wählen. Wer der DKP seine Stimme gibt, der trägt bei der Kommunalwahl 1981 zu einer Bündelung des Protestes bei; der hilft mit, den Etablierten einen solchen Denkkettel zu verpassen, der sie veranlassen könnte, im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen um die Startbahn/West, um die Verteidigung unseres Waldes und unserer Umwelt mehr Rücksicht auf die Volksmeinung zu nehmen als bisher.

Nachfolgende Bürger haben
den Aufruf bereits unterschrieben.

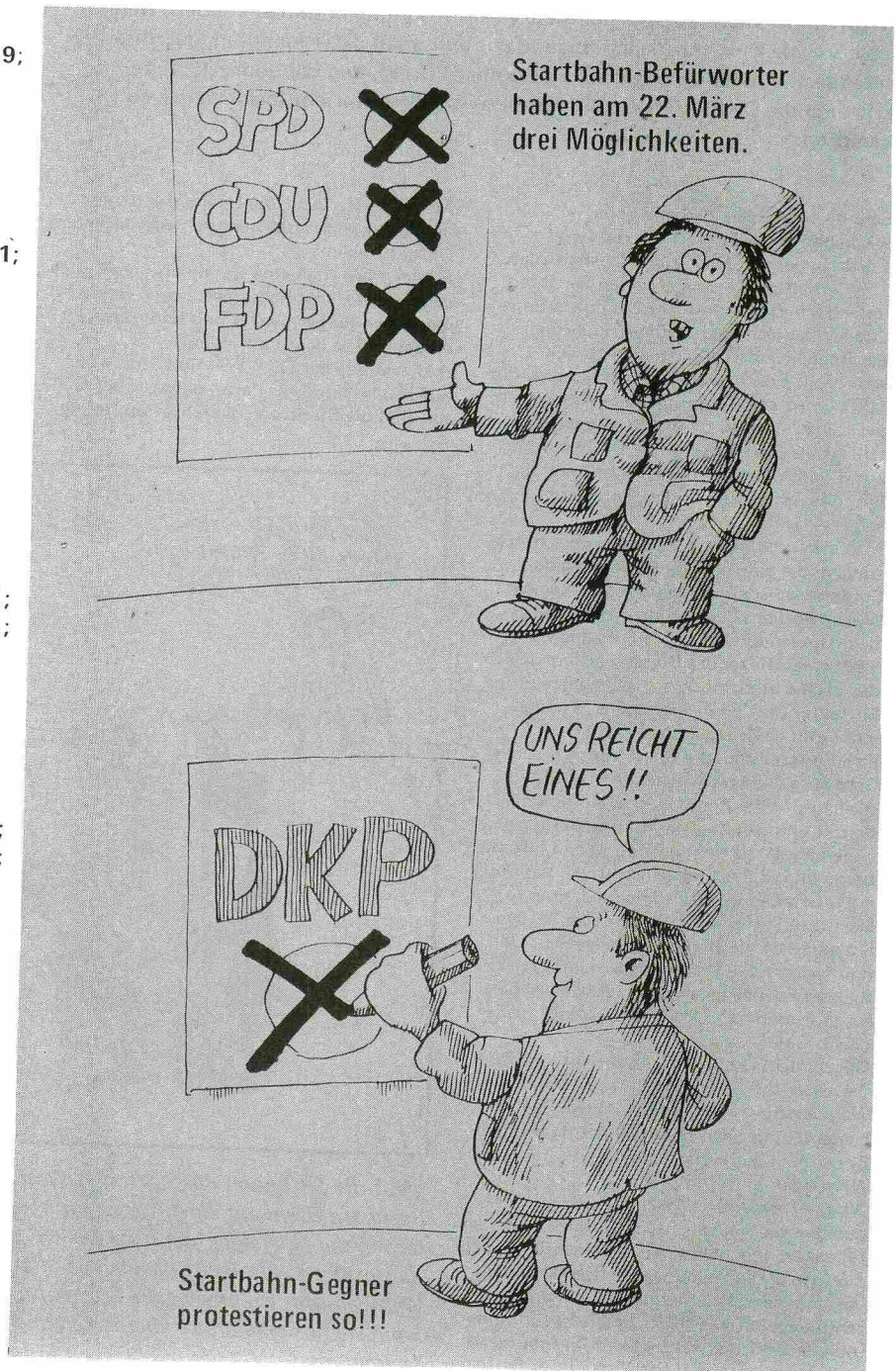
Peter Träger, Hochstr. 6;
Dietmar Treber, Westendstr. 28;
Gudrun Völker, Heidelberger Str. 1;
Herbert Völker, Heidelberger Str. 1;
Viviane Wehr, Hintergasse 2-4;

Konrad Wilker, Liebknechtstr. 57;
Susanne Wilker, Liebknechtstr. 57;
Elise Wissel, Langenerstr. 34a;
Valentin Wissel, Langenerstr. 34a;
Dieter Zwilling, Langenerstr. 21.

Gisela van Attefeld, Hubertusstr. 3;
Werner van Attefeld, Hubertusstr. 3;
Karl Peter Bauer
Rüsselsheimer Str. 37;
Gaby Baumann, Siemensstr. 3;
Wilhelm Becker, Mittelgasse 8;
Georg Berghausen, Querstr. 3;
Philipp Berz, Groß-Gerauer-Str. 27a;
Wolfgang Bode, Groß-Gerauer-Str. 20;
Albert Burghardt, Wolfsgartenstr. 10;
Gisela Burghardt, Wolfsgartenstr. 10;
Irma Cezanne, Gärtnerweg 7;
Ludwig Cezanne, Gärtnerweg 7;
Georg Dammal, Bahnhofsstr. 19;
Hermann Dammal, Feldstr. 24;
Margarete Dammal, Bahnhofsstr. 19;
Else Denger, Herweghstr. 18;
Rosel Denk, Wolfsgartenstr. 15;
Wilhelm Feutner III.,
Bgm.-Klingler-Str. 20;
Rosa Fischer, Herweghstr. 18;
Jakob Fritz, Elisabethenstr. 16;
Elisabeth Hardt, Am Wallgraben 1;
Elise Hechler, Schafgasse 6;
Karl Hechler, Langenerstr. 20;
Maria Hechler, Langenerstr. 20;
Robert Janz, Weingartenstr. 38;
Margarete Jungmann,
Würzburgerstr. 6;
Adam Kahl, Westendstr. 42;
Georg Kaiserauer, Georgenstr. 4;
Franz Klement, Kalbsgasse 13;
Antje van Klev, Bahnstr. 80;
Wilma Knodt, Würzburgerstr. 6;
Anna Kunz, Ernst-Ludwig-Str. 11;
Otto Kunz, Ernst-Ludwig-Str. 11;
Bernd Kuschnirz,
Richard-Wagner-Str. 1;
Dieter Krämer, Feststr. 24;
Erika Krämer, Feststr. 24;
Gerd Lotz, Darwinstr. 6;
Karl Melina, Goethestr. 15;
Georg Menges, Martin-Luther-Str. 5;
Barbara Nowka, Darmstädterstr. 24;
Elisabeth Pons, Langgasse 27;
Thomas Rau, Coutandinstr. 20;
Heinz Rieß, Schulgasse 6;
Berta Schaffner, Feldstr. 47;
Luise Schaffner, Hochstr. 6;
Sophie Scherer, Friedensstr. 6;
Anna Schindel, Langgasse 2;
Georg Schindel, Langgasse 2;
Peter Schneider,
Groß-Gerauer-Str. 4;
Herbert Schöneberger, Bachgasse 11;
Rainer Schöneberger, Heinstr. 2;
Horst Schulmeyer, Weingartenstr. 44;
Minna Schulmeyer, Weingartenstr. 44;
Ruth Schulmeyer, Weingartenstr. 44;
Jutta Siegel, Kalbsgasse 9;
Susanne Steuerwald, Ellenbogenstr. 8;

Bitte unterschreiben auch Sie und senden Sie Ihre Unterschrift an:
Ilona Feutner, Schlesierstr. 16, 6082 Mörfelden-Walldorf, Tel. 06105/23452

Name	Anschrift



EIN BRIEF AN DEN BÜRGERMEISTER

Wer ist für die leere Stadtkasse verantwortlich?

Zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 1981 hatte die außerparlamentarische DKP-Fraktion einen 12 Punkte umfassenden Katalog aufgestellt, der Eingang in die Überlegungen der städtischen Gremien für die Zukunft finden sollte. Wir konnten nicht erwarten, daß an dem Abend der Etatverabschiedung der ganze Plan umgekrempelt werden würde, um die sozialen Forderungen wie z.B. einen Kinderhort in Walldorf, eine Kinderkrippe, ein neues Jugendzentrum für Walldorf, Erhöhung der Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau, etc. aufzunehmen. Am allerwenigsten sahen wir im jetzigen CDU-Rumpfparlament die Bereitschaft zur Verwirklichung unserer Forderungen. Die CDU-Leute hatten sich ja schon bei der Einrichtung des Kinderhortes in Mörfelden schwer getan. Der Bürgermeister tat die DKP-Vorschläge ab, mit dem Hinweis, sie seien „Irreführung der Bevölkerung“. Das aber genau sind sie nicht. Wenn eine Stadt von 30.000 Einwohnern keine Kinderkrippe hat, wenn immer mehr Jungverheiratete keine Wohnung bezahlen können, wenn viele soziale Einrichtungen fehlen, dann muß man dafür kämpfen, daß dies verändert wird. In einem Brief an Bernhard Brehl, den wir abdrucken, bekräftigte die DKP ihren Willen, für diese sozialen Einrichtungen weiter zu kämpfen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir haben Ihre Antwort auf die zwölf Forderungen der DKP zum Haushaltsplan 1981 erhalten. Zunächst weisen wir Ihren unsachlichen Vorwurf, unsere Forderungen und Vorschläge seien „eine Irreführung der Bevölkerung“ entschieden zurück. Unsere zwölf Forderungen zum Haushaltsplan 1981 entsprechend dringenden Anliegen der Bürger unserer Stadt. Wer diese Vorschläge als „Irreführung der Bevölkerung“ abtut, läßt den Willen vermissen, sich für das, was notwendig und machbar ist, einzusetzen.

Interessant ist es, daß Sie auf unsere Forderungen, die eine geringe Entlastung der Stadtkasse bedeuten würden, mit keinem Wort eingehen. Die von uns vorgeschlagenen Aufwendungen für Exkursionen, die Verfügungsmittel des Bürgermeisters und des Ersten Stadtrates, die vorgesehenen Mittel für die „Grün-Broschüre“ können sehr wohl gekürzt werden.

Ihre Feststellung, die Stadt könne nur das Geld ausgeben, das vorhanden ist, unterstreicht unsere Meinung, daß Kommunalpolitik und Bundes- und Landespolitik nicht voneinander zu trennen sind. Wenn, wie Sie betonen, die Stadtkasse leer ist, so hat das doch Ursachen. Seit über zehn Jahren regiert Ihre Partei in Bonn, seit über 30 Jahren stellt sie die Regierung in Hessen. Und nun weigern Sie sich, eine vernünftige Haltung zu Forderungen im Interesse der Bürger einzunehmen und stellen lapidar fest: „Kein Geld“.

Durch nichts kann die Verantwortung Ihrer Partei für die „leere Stadtkasse“ aus der Welt geschafft werden. Die schwierige Lage der Kommunen hängt eindeutig mit den Prioritäten zusammen, die Ihre Partei in Wiesbaden und Bonn setzt.

Wo die Interessen der Konzerne und Großbanken, die niemals früher so reich und mächtig waren wie heute, wo die Hochrüstung forciert wird, die zu keinem Zeitpunkt in den vergangenen 30 Jahren soviel Milliarden verschlungen hat wie 1980, da bleibt für kommunale Selbstverwaltung kein Freiraum, da wird auch in unserer Stadt von Ihrer Partei

wie auch der CDU, die Devise praktiziert, die Bürger sollen bleichen, sich einschränken, Opfer bringen. Es steht fest, daß eine Veränderung der „Gegebenheiten“ niemals zu erreichen sein wird, wenn sich Bürgermeister und kommunale Abgeordnete damit abfinden. Auf Anträge der DKP-Fraktion, und nicht auf Initiativen Ihrer Partei oder gar der CDU, hat sich die Stadtverordnetenversammlung

unserer Stadt mehrmals öffentlich für eine Verbesserung der kommunalen Finanzen eingesetzt. Dabei kann man künftig nicht stehenbleiben. Wir werden die Wahlprogramme der anderen Parteien deshalb auch sehr genau danach untersuchen, ob sie solche Forderungen aufgenommen haben. Wie soll mehr öffentlicher Druck für die Erhöhung der Gemeindefinanzen entstehen, wenn nicht auch die kommunalen Gremien und die örtlichen Parteien energisch dafür streiten?

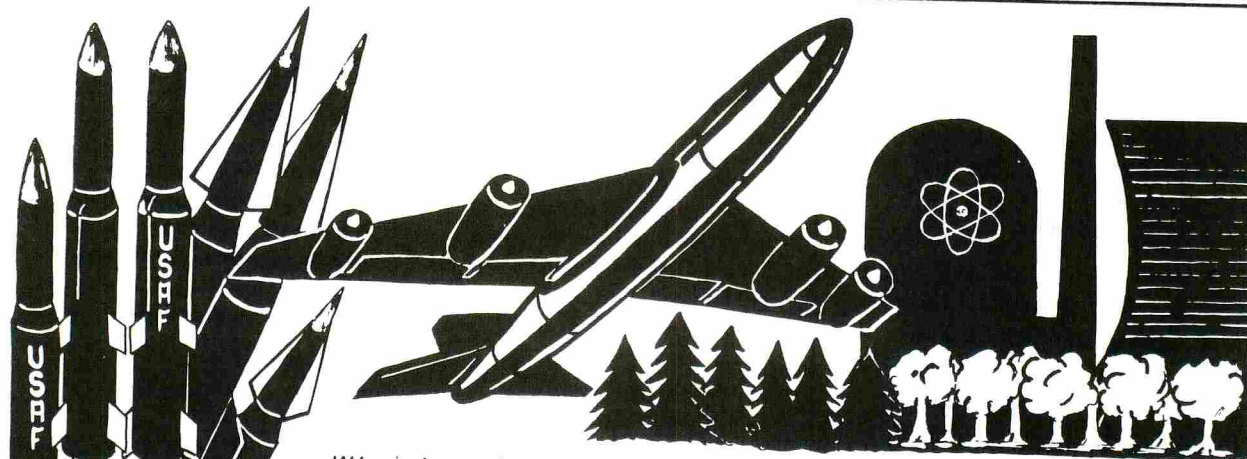
Die „Gegebenheiten“ können nur durch energische Vertretung der Bürgerinteressen zugunsten der arbeitenden Menschen verändert werden. Wir Kommunisten haben immer so gehandelt und werden das auch weiterhin tun. Wir betreiben nicht, wie Sie verleumderisch feststellen, „Irreführung der Bevölkerung“, sondern konsequente Interessenvertretung der Bürger. Je stärker die DKP im künftigen Stadtparlament vertreten sein wird, um so entschiedener werden wir uns für das stark machen, was im Interesse der Bürger durchgesetzt werden muß.

Sie wissen, Herr Bürgermeister, daß es nie unsere Praxis war, Wunschvorstellungen nachzujagen, daß wir vielmehr stets Kampfvorstellungen vertreten haben — auch in Bezug auf Haushaltspläne.

Mit Ihrem Brief sind unsere zwölf Forderungen zum Haushaltsplan 1981 selbstverständlich nicht vom Tisch. Gemeinsam mit den Bürgern werden wir weiterhin dafür eintreten und entschieden dazu beitragen, daß in Mörfelden-Walldorf „Gegebenheiten“ nicht hingenommen werden, sondern Veränderungen zugunsten der Bürger durchgesetzt werden.



„Nur die SPD kann die Startbahn/West verhindern!“, meinte Bürgermeister Bernhard Brehl auf einer Versammlung. Über eine solche Aussage lachen natürlich die Mörfelder, denn sie wissen, wer die Startbahn-Pläne mit Gewalt durchsetzen will. Es ist die gleiche SPD in Wiesbaden und in Bonn. Der SPD-Wahlkämpfer Brehl wird die Startbahn/West nicht verhindern. Verhindern kann sie nur eine breite überparteiliche Bürgerbewegung, die noch stärker werden muß.



Wie weiter mit der Startbahn/West?
 Werden US-Atomraketen auf der Air-Base stationiert?
 Wieviel Arbeitslose gibt es morgen?
 Wird die Umweltvergiftung fortschreiten?
 Wie soll die Zukunft gemeistert werden?

Auf alle Fragen eine Antwort! Kommen Sie! Fragen Sie! Diskutieren Sie mit!

Totale Bedrohung?

Eine Podiumsdiskussion mit

Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg
 Prof. Dr. Hans Mausbach, Frankfurt
 Dr. Ellen Weber, Frankfurt
 Dr. Dr. Joachim Kahl, Marburg
 Dr. Rainer Eckert, Frankfurt
 Diplom-Physiker Uwe Pröpper, Vertrauensmann bei Opel, Rüsselsheim
 Rudi Hechler, DKP-Kandidat, Mörfelden

Montag, 23. Februar 1981, 20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden. Alle Bürger sind herzlich eingeladen!

Zupfgeigenhansel: Freude am Nachdenken

„Zupfgeigenhansel“, die beste Volksliedergemeinschaft der Bundesrepublik gastierte auf Einladung der DKP im Bürgerhaus Mörfelden. Über 550 begeisterte Zuschauer füllten den großen Saal. Seit vielen Jahren bemüht sich die DKP erfolgreich um Gastspiele von bekannten deutschen und ausländischen Ensembles. Diese Beiträge zum kulturellen Leben in unserer Stadt werden fortgesetzt. Die nächsten Veranstaltungen: am 10. März spielt ein international bekanntes ungarisches Tanz- und Gesangsensemble im Bürgerhaus Mörfelden und am 21. März gastiert „Floh de Cologne“ in der Stadthalle Walldorf.



OKTOBERTAGE

Fast 200 Seiten hat das neue „blickpunkt“-Buch über den Kampf gegen die Startbahn/West. Weit über 100 Großfotos vermitteln einen umfassenden Eindruck über die Geschichte dieser Bewegung. Zahlreiche Bürger unserer Stadt werden sich auf den Fotos wiederfinden. Ein Andenkenbuch zum Nachdenken. Ab März in den Buchhandlungen und bei den Mitgliedern der DKP erhältlich.

Termine vormerken!

Montag, 23. Februar 1981,
20 Uhr, Bürgerhaus,
große Podiumsdiskussion
der DKP-Mörfelden
Thema: „Totale Bedrohung?“
Sonntag, 8. März 1981

Veranstaltung des
Frauenarbeitskreises der
DKP-Mörfelden
zum „Internationalen Frauentag“
im Bürgerhaus Mörfelden

Dienstag, 10. März 1981
20 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden,
ein ungarisches Tanz- und
Gesangsensemble gastiert in
Mörfelden
Folkloreabend der DKP

Samstag, 21. März 1981
20 Uhr, Stadthalle Walldorf.
„Floh de Cologne“
Eine Veranstaltung der
DKP-Walldorf
und der SDAJ



Mörfelden gestern

Eine Feldpostkarte vom 28. Mai 1915 zeigt die ehemalige Gastwirtschaft „Zum Weingarten“, genannt „Geriewene“, in der Weingartenstraße. Fotografieren war für viele noch etwas Neues und so waren sicher schnell 30 Personen zusammengekommen, darunter allein 18 Kinder.

Die Wirtschaft war ein beliebtes Arbeiter- und Vereinslokal, indem unter anderem die Fußballabteilung der „Freien Turner“ ihr Domozil hatte.

Hier wurde 1919 die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands gegründet. Die Kommunisten hielten der Gaststätte die Treue bis zur Schließung Ende der 40er Jahre Anfang der 50er Jahre. In der Zeit von 1933 bis 1945 waren alle Mörfelder Vereine und Parteien verboten. Trotzdem trafen sich auch während dieser Zeit die Mörfelder Arbeiter und Sportler in diesen Räumen. Am 1. Mai 1933 wurden hier die ersten Mörfelder verhaftet und in das Konzentrationslager nach Osthofen geschafft.